

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

7.3.1921 (No. 55)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstraße  
Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur  
C. A. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braun'sche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Zeitungspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 A 90 P. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gespaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifrecher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, mangelsweiser Freitreibung und Kontrolloverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Anwerter keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen, Unversehrte Druckfäher und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung zu irgendeiner Vergütung übernommen.

### \* Der kritische Tag.

Wenn man vielleicht auch sagen darf, daß die publizistische Regie, die journalistische Aufmachung bei der Londoner Konferenz auf deutscher Seite nicht ganz geklappt hat, so zeigt sich doch immer mehr, daß die Politik, die der Reichsminister Dr. Simons in London selbst durchgeführt hat, die richtige gewesen ist. Es war gut, daß der Reichsminister — auch auf die Gefahr einer heftigen Erwiderung hin — der Entente deutlich gezeigt hat, mit welcher Entschiedenheit wir die Pariser Beschlüsse ablehnen.

Dr. Simons wird wahrscheinlich gewußt haben, daß England und Italien sicherlich mit der festen Absicht zur Konferenz gekommen sind, wirkliche Verhandlungen aufzunehmen und diese Verhandlungen zu irgend einem befriedigenden Abschluß zu bringen. Lloyd George und die italienischen Staatsmänner sind sich, im Gegensatz zur öffentlichen Meinung in Frankreich und zum Teil auch in England zweifellos klar darüber, daß die politische Situation augenblicklich für Deutschland viel günstiger ist, als allgemein angenommen wird, und daß das Interesse der Entente es ist, welches eine formelle und freiwillig ausgesprochene Verpflichtung des deutschen Volkes erfordert.

Die Dinge liegen doch heute so, daß die Entente praktisch nicht nur nichts gewinnt, sondern nur noch mehr verliert, wenn sie Deutschland weiterhin bergewaltigt. Gerade, weil man drüben gemerkt hat, daß das deutsche Volk sich langsam erholt und mit seiner wachsenden Arbeitskraft eine völlige wirtschaftliche Wiedergeburt in Aussicht zu stellen vermag, gerade deshalb ist den nächstern rechnenden Staatsmännern der Entente ein dauerhaftes Abkommen mit Deutschland verlockend erschienen, verlockender jedenfalls, als noch vor einem Jahr, d. h. also zu einer Zeit, als die Hoffnungen auf Deutschlands Wiedergeburt fast auf dem Nullpunkt standen. Wir müssen in den Augen der Entente einen riesigen Kredit haben und ihnen ein schier herzbeklingendes Vertrauen einflößen, wenn sie es wagten 226 Milliarden Goldmark von uns zu verlangen.

Die vernünftig denkenden Staatsmänner und Wirtschaftspolitiker der Entente haben sich jedenfalls gefast, daß es im eigenen Interesse des Gläubigers liegt, einem Schuldner entgegenzukommen, der Beweise dafür geliefert hat, daß er seine Schuld einmal abtragen kann, daß es dagegen eine beinahe selbstmörderische Torheit wäre, diesen Schuldner gerade im Augenblick, wo er sich langsam aufzurichten beginnt, kaputt zu machen.

Daß die uns von Lloyd George angedrohten „Sanktionen“ ebenso, wie die in Paris beschlossenen, der Entente nicht einen Pfennig in den Säckel schaffen, sondern lediglich nach allen Richtungen hin materielle und moralische Schäden stiften, das werden diese Politiker wohl ebenfalls eingesehen haben. Und wir dürfen ohne weiteres voraussetzen, daß abgesehen von Frankreich, die übrigen Alliierten von dieser ganzen Politik der Erpressungsmaßnahmen wenig wissen wollen.

Zu imponiert hat ja nun ganz zweifellos auch die einmütige Haltung des deutschen Volkes. Und wenn auch vorgestern im Reichstag die Redner des Antisozialismus in althergebrachter Selbstüberschätzung an der Person des Reichsaussenministers herumtölpeln zu müssen glaubten, so hat sich doch andererseits die nationale Einheitsfront insofern vollauf bewährt, als alle Parteien von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen die Pariser Beschlüsse von neuem mit Entschiedenheit abgelehnt haben. Nur die Kommunisten sind ihre eigenen, von einer wüsten Ideologie beeinflussten Wege gegangen.

Weiterhin darf man nicht außer Acht lassen, daß die deutschen Gegenvorschläge sich bei näherer Prüfung eben doch als ein erhebliches Entgegenkommen entpuppen, und daß sie bei nur einigermaßen wohlwollender Interpretation durchaus die Grundlage für Verhandlungen abgeben könnten. Beilich ist vor allem die Differenz zwischen den nackten Ziffern, die genannt worden sind. Aber Differenzen sind nun einmal dazu da, ausgeglichen zu werden, wenn beide Teile an dieser Ausgleichung ein Interesse haben.

Und selbstverständlich haben wir ein Interesse daran. Es ist keineswegs so, daß unser Volk nun gewissermaßen ein Vergnügen daran fände, daß die Entente

vor den Kopf gestoßen und zu Gewaltmaßnahmen gezwungen wird. Wir sind uns des Ernstes der Lage durchaus bewußt und werden diesem Ernst auch Rechnung tragen. Was man aber von uns nicht verlangen darf, das ist die Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen, d. h. zu Beschlüssen, die einfach außerhalb des Bereiches der Vernunft liegen. Und da Lloyd George bereits gemerkt hat, daß ein Teil dieser Beschlüsse doch recht revisionsbedürftig oder zum mindesten sehr erörterungsbedürftig ist, so dürfen wir vielleicht hoffen, daß wir ihn von der Unhaltbarkeit des ganzen Pariser Reparationsprogramms überzeugen können.

Es ist außerordentlich erfreulich, gleichzeitig aber auch für die politische Situation bezeichnend, daß gestern auf den Wunsch Lloyd Georges hin persönliche Besprechungen zwischen Dr. Simons, Lloyd George, Briand und Sforza stattgefunden haben. Aus der Tatsache dieser Besprechung geht zur Genüge hervor, daß die Entente ein Scheitern der Konferenz am heutigen Montag doch gerne verhindern möchte. Ob man bei dieser Besprechung die Frage eines Probeabkommens, das für die nächsten fünf Jahre gelten soll (ein Zurückgreifen auf den Plan Seydoux) erörtert hat, wissen wir nicht. Die Vermutung liegt aber nahe. Ein solches Probeabkommen würde wahrscheinlich den einzigen Weg darstellen, der uns aus dem Dickicht herausführt und beiden Seiten eine Zustimmung ermöglicht.

Wenn wir die Faktoren berücksichtigen, die für die Politik der Entente besondere Bedeutung haben, so dürfen wir Amerika dabei nicht vergessen. Amerika wird, wie aus der Volkschaft Hardings klar ersichtlich ist, eine rein amerikanische Politik treiben, d. h. eine Politik, die in allererster Linie von den amerikanischen Interessen bestimmt wird. Demgemäß wird sich Amerika die Entwicklung der Dinge in Europa, d. h. vor allem die Auseinandersetzung der Entente mit uns, zunächst ruhig ansehen. So wie aber durch unvernünftige und willkürliche Maßnahmen der Entente Deutschland gegenüber erhebliche wirtschaftliche Interessen Amerikas verletzt werden sollten, wird die Regierung von Washington einschreiten, und zwar mit aller Energie.

Wie wir jedoch in den „Daily News“ (Nummer vom 1. März) lesen, ist diese unsere Auffassung auch den Engländern durchaus geläufig. Das Londoner Blatt schreibt ausdrücklich, daß, wenn sich durch die Besetzung des Ruhrgebietes eine Schädigung amerikanischer Interessen ergeben sollte, Amerika auf England oder Frankreich nicht die geringste Rücksicht nehmen, sondern mit aller Entschiedenheit eingreifen wird. Die Tatsache einer solchen Erkenntnis muß natürlich auf die Politik der Entente einwirken. Wenn es Lloyd George überhaupt möglich sein wird, den französischen Chauvinismus zu zügeln, so wird er das nur können mit dem Hinweis auf die Konflikte mit Amerika, die sicher zu erwarten sind, wenn die Entente sich den Wünschen und Methoden der französischen Politik fügt.

### Politische Neuigkeiten.

#### Die Beratungen in London und Berlin.

Wie einem Havasbericht aus London zu entnehmen ist, hat gestern vormittag bei Lloyd Curzon eine Unterredung zwischen Dr. Simons und dem englischen und französischen Ministerpräsidenten stattgefunden. Am Nachmittag traten die englischen, französischen und italienischen Sachverständigen mit den Deutschen zusammen. Gegen Abend begab sich Briand in Vertretung Lloyd Georges, der nach Reauvers zu seiner Familie gefahren war, zum Grafen Sforza. Die deutsche Abordnung hielt in den ersten Abendstunden eine Sitzung ab.

Die persönliche Besprechung, die zwischen Simons, Lloyd George, Briand und Sforza stattgefunden hat, war nach einem Berliner Telegramm der „B. Pr.“ dadurch veranlaßt, daß Lloyd George seinen Sekretär zu der deutschen Delegation sandte und Bergmann zu einer Besprechung mit dem englischen Botschafter in Berlin, Lord Abernethy, aufforderte. Diese Besprechung führte dann zu der Konferenz zwischen den alliierten Ministern und Simons, die bei Lord Curzon stattfand. Der Zweck dieser Besprechung war, das drohende Scheitern der Konferenz am Montag in letzter Minute zu verhindern. Das Endergebnis dieser Besprechung wird natürlich geheim gehalten, immerhin ist durchgesickert, daß im Mittelpunkt der Besprechung ein Probeabkommen stand, das für die nächsten fünf Jahre gelten soll. Auf Grund des Ergebnisses der Besprechung hat Sonntagabend bei Lloyd George eine Besprechung der alliierten Delegierten stattgefunden, an der Lloyd George, Bonar Law, D'Abernethy, Briand, Lou-

cheur, Kaspar, Theunis und Sforza, sowie der japanische Vertreter teilgenommen haben, während dessen ging ein lebhafter Telegrammwechsel zwischen Berlin und London vor sich. Sonntag wurden zwei Kabinettsitzungen abgehalten unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, zu der die Sachverständigen hinzugezogen wurden, soweit sie erreichbar waren. In dieser Besprechung wurden neue Vorschläge auf Grund der Unterlagen, die Simons nach Berlin telegraphiert hatte, entworfen. Ihre endgültige Formulierung wurde jedoch der Londoner Delegation überlassen. Von diesen Vorschlägen wurde am Abend auch den Parteiführern Kenntnis gegeben. Die Stimmung war heute früh weniger pessimistisch, als an den vorhergehenden Tagen.

Neuter erzählt: Die Ansicht in London ist, daß die Reparationskonferenz, die am Montag mittag ihre nächste Zusammenkunft hat, abgebrochen wird, wenn die Deutschen keine bedeutend vernünftigeren Vorschläge vorlegen. Wenn indessen teilweise befriedigende Vorschläge unterbreitet würden, welche seitens Deutschlands das Bestreben zeigten, der wahren Lage gerecht zu werden, dann würden sie von den alliierten Sachverständigen geprüft werden, wenn auch in Deutschlands früherer unüberlegter Haltung eine recht bedeutende Änderung eintreten müßte. Einige Punkte in den deutschen Vorschlägen sollen nach Neuter ziemlich vernünftig sein, jedoch die daraus gezogenen Schlussfolgerungen nichts weniger als vernünftig.

#### Der Reichskanzler über die Londoner Verhandlungen.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags gab Reichskanzler Lehrenbach folgende Erklärung ab.

Der Reichstag hat den Wunsch ausgesprochen, über den Stand der Londoner Verhandlungen unterrichtet zu werden. Dieser Wunsch ist mir durchaus verständlich. In dem Augenblick, wo unser aller Augen nach London gerichtet sind, nach dem Orte erstens der Entscheidungen über deutsche Lebensfragen, empfindet der deutsche Reichstag als der Repräsentant des Volkswillens mehr als jemals die ganze Schwere der Verantwortung, die den politischen Faktoren auferlegt ist. In dem gleich hohen Bewußtsein dieser Verantwortlichkeit über Wohl und Wehe unseres Volkes prüfte das Kabinett aber auch die Frage mit großer Sorgfalt, ob und inwieweit es im gegenwärtigen Moment durch Erklärung vor diesem hohen Hause die Aufgabe unserer Vertreter fördern oder schädigen kann. Diese Erwägungen haben das Kabinett zu der Überzeugung geführt, daß wir uns während der schwebenden Verhandlungen auf ein Mindestmaß öffentlicher Erörterungen zu beschränken haben. (Hört, hört! bei den Kommunisten.) Ich halte mich für verpflichtet, über die folgenden Erklärungen nicht hinauszuweisen:

Das Kabinett muß entschieden Bedacht darauf legen, daß unsere Unterhändler bei der Durchführung ihrer Aufgabe durch keinen in seinen Folgen unübersehbaren Eingriff gehindert werden. Gemäß den durch den Reichstag gebilligten Richtlinien hat der Minister des Außern vom Kabinett den Auftrag mitgenommen, daß er seine Unterschrift unter keinerlei Verpflichtungen setzen darf, die das deutsche Volk nicht tragen kann. An diesem Auftrag ist nichts geändert worden und wird nichts geändert werden. (Lebhafter Beifall.) Das Kabinett ist überzeugt, daß der Minister des Außern alle Unterhandlungsmöglichkeiten innerhalb der gezogenen Grenzen ausnützen wird. (Abg. Ab. Hoffmann: Herr, dunkel ist der Rede Sinn!) Lassen Sie mich der sicheren Erwartung Ausdruck geben, daß das deutsche Volk die Unterschrift seiner Beauftragten einlösen wird, wenn sie eine Zusage deckt, die nach sorgfältiger Prüfung die Grenze unserer Leistungsfähigkeit innehält, daß das deutsche Volk aber ebenso fest hinter seinen Beauftragten stehen wird, wenn sie sich weigern, ihren Namen unter ein Schriftstück zu setzen, das Unmögliches enthält. (Lebhafter Beifall.)

Im Anschluß an die Ausführungen des Reichskanzlers gaben die Vertreter der einzelnen Parteien Erklärungen ab, aus denen hervorging, daß die Parteien von der äußersten Rechten bis zur U. S. P. unbeschadet ihrer sonstigen Stellung zur Politik der Regierung an der grundsätzlichen Anschauung festhalten, daß die Pariser Forderungen undurchführbar und unerfüllbar seien. Für die Sozialdemokratie sprach Abg. Müller-Frankent, für das Zentrum Trimborn, für die Deutschnationalen Herst, für die U. S. P. Dreißscheid, für die deutsche Volkspartei Stresemann, für die demokratische Partei Schiffer, für die Kommunisten Stücker (der sich in den gewohnten kommunistischen Phrasen erging), für die Bayerische Volkspartei Reich, für den Bayerischen Bauernbund Eisenberger und für die Hannoveraner Algers. Auf die Rede Dreißschilds, der gegen die Art der Verhandlung von Dr. Simons in London Angriffe gerichtet hatte, erwiderte Reichskanzler Lehrenbach im Laufe der Debatte folgendes: „Ich halte mich für verpflichtet, namens der Regierung zu erklären, daß die Angriffe die Mitglieder des Kabinetts in ihrem unbedingten Vertrauen zu dem deutschen Außenminister in keiner Weise zu erschüttern vermögen. (Beifall.) Wir haben in unserer gemeinsamen Tätigkeit Herrn Dr. Simons als einen so gewissenhaften, überlegenden und ruhig abwägenden Mann kennen gelernt, daß wir der Überzeugung waren, die Verhandlungen in London in keine bessere Hand legen zu können als in die seine. Was hat es für einen Zweck, im gegenwärtigen Augenblick Angriffe gegen ihn und gegen die Art seiner Verhandlung zu richten? Seine Aufgabe ist vielleicht schwieriger, ernster und verantwortungsvoller, als sie jemals auf einem Außenminister gelastet hat. Gerade wenn Herr Dreißscheid darauf hofft, daß in London weiter verhandelt wird, hat er keinen Anlaß, durch eine Kritik der Verhandlungsweise des deutschen Außenministers dessen weitere Verhandlungsfähigkeit in London zu schwächen.“

Mit einer Beilage: 25. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

## Kundgebungen an die Regierung.

Sowohl bei der deutschen Regierung wie bei Dr. Simons in London ist aus allen Teilen Deutschlands eine Fülle von Kundgebungen eingegangen, in denen Handelskammern, Landwirtschaftskammern, Gewerkschaften, Verbände und Vereine aller Art, Dr. Simons und die Reichsregierung beschwören, festzuhalten und unter keinen Umständen gegenüber den Forderungen der Entente Konzessionen zu machen, die über die Leistungsfähigkeit Deutschlands hinausgehen.

## Eine programmatische Erklärung Harding's.

Einer Pariser Meldung der „Basler Nationalzeitung“ zufolge berichtet die „Chicago Tribune“ über eine programmatische Erklärung, die der neue Präsident der Vereinigten Staaten gegenüber den Führern der republikanischen Partei des Kongresses abgegeben habe. Die Absicht der neuen Regierung sei, Amerika stark zu machen, um in den kommenden Auseinandersetzungen seine Rechte wahren zu können. Die von Wilson in Paris geäußerten Interessen der Vereinigten Staaten sollten zurückgewonnen werden. Dazu sollten folgende Wege dienen:

1. Vollständiges Desinteressentement der Vereinigten Staaten an den europäischen Angelegenheiten. Abschluß eines Friedensvertrages und Befürwortung eines neuen Weltfriedensplanes, in welchem die verderblichen Prinzipien der in Paris geschaffenen Liga der Nationen keine Aufnahme finden sollen.
2. Anerkennung des Rechtes der Vereinigten Staaten, über die Einwanderung Fremder und ihre Berechtigung betreffend den Landwerb selbständig nach eigenen Interessen zu entscheiden.
3. Wiederherstellung der verletzten Rechte der Vereinigten Staaten im Großen Ozean, die durch die Mandatsverteilung über die ehemaligen deutschen Kolonien außer Acht gelassen wurden.
4. Verlangen nach der Zustimmung Englands auf Befreiung der amerikanischen Schifffahrt von den Panamakanal-Zöllen.
5. Anerkennung der amerikanischen Gleichberechtigung zur Ausbeutung der Petroleumquellen in den ehemals feindlichen Ländern, die nun durch Mandate den Engländern und Franzosen allein vorbehalten ist.
6. Gleichmäßige Verteilung der ehemals deutschen Kasse auf die 5 neuen Großmächte.
7. Rückerstattung des 10-Milliarden-Darlehens von den Alliierten zu Bedingungen, welche die berechtigten Interessen der amerikanischen Geldgeber nicht beeinträchtigt.

## Eine erregte Kammerdebatte in Paris.

Am Laufe der Kammerdebatte über die Einberufung der Jahresklasse 1921 stellte General Castelnau die Frage, wie die augenblickliche Lage Frankreichs sei. Er sagte: „Wir sind am Rhein und wir haben eklatante Beweise unserer Mäßigung gegeben. Wir nähren keine aggressive Politik gegen Deutschland. Wir wollen nur haben, was es uns schuldig ist. Wir wollen nicht zur Gewalt zurückkehren, aber wenn Deutschland uns zum äußersten zwingt, dann muß es wissen, daß wenn wir einmal dort sind, wir nicht ohne Garantien und zurückziehen werden. Deutschland kann gegen uns nichts mehr unternehmen, wir aber alles gegen Deutschland. Die Heereskommission vertritt den Standpunkt, daß die Stunde noch nicht gekommen sei, die militärische Schraube zu lockern. Ein großer Tumult entstand nach der Rede des Kriegsministers, als der kommunistische Abgeordnete Renaux, ein Kriegsverlehter, einen Protest der kommunistischen Gruppe verlas, bei dem er den bolschewistischen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Hierauf protestierte Kriegsminister Barthou namentlich gegen die Behauptung, der französische und der deutsche Imperialismus ständen sich einander gegenüber. Frankreich sei überfallen worden und zwar unter Bedingungen, daß die Kammer einmütig dagegen Stellung genommen hätte. Auch in diesem Augenblick gebe Frankreich den Beweis der Mäßigung, deshalb könne er Frankreich nicht beleidigen lassen. Der kommunistische Protest sei eine Schande. — Nach längerer Debatte wurde der Gesetzentwurf von der Kammer angenommen.“

## Neue Aufrührmeldungen aus Rußland.

„Politiken“ melden: Über Reval sind neue alarmierende Nachrichten aus Petersburg eingegangen, wonach die Matrosen von Kronstadt, etwa 40000 Mann, neuen Aufruhr herangezogen haben. Die Befestigungswerke und das Schloß befinden sich nach Meldungen, die der Minister des Äußeren von Estland erhielt, in den Händen des Revolutionskomitees. Andere Meldungen wollen wissen, daß auch Petersburg von diesem Komitee beherrscht wird. Die weiße Flagge soll über dem Winterpalast in Petersburg und über dem Kreml in Moskau wehen. Die Meldung besagt weiter: Soldaten in

Moskau haben sich geweigert, gegen die Aufrührer vorzugehen. Revolutionäre Truppen sind von Süden auf dem Marsch gegen Petersburg. In ganz Rußland herrscht eine erregte Bewegung. Weitere Forderungen von dem Revolutionskomitee besagen, daß es in Kronstadt die Macht in Händen habe, und daß es mit dem antibolschewistischen General Kozlowski zusammenarbeite.

Nach den letzten Berichten feuert die rote Artillerie von den Hügel, die die Stadt Moskau umgeben, in die Arbeiterviertel, wo der Aufstand ausgebrochen ist. Mehrere hundert Personen wurden durch Granatfeuer getötet. Aus allen Gegenden Rußlands wird eine Zunahme der Aufstandsbewegung gemeldet. Petersburg ist von dem übrigen Lande abgeschnitten. Lebensmittel sind nur noch wenig vorhanden. Die Stadt steht unter Kriegsrecht. Alle Hauptstraßen werden von Soldaten bewacht. Verschiedene Kompanien rote Soldaten, die zu den Insurgenten übergetreten sind, haben Waffen und Munition unter die Arbeiter verteilt.

Aus Bukarest wird gemeldet, in Odeffa soll eine gegenrevolutionäre Bewegung ausgebrochen sein. Die Soldaten und die Arbeiter sollen so ziemlich Herr der Lage sein. Die roten Truppen wurden von der russisch-rumänischen Grenze zurückgeworfen.

Nach Warschauer Meldungen zufolge ist die mit dem Namen „Machno“ verknüpfte Bewegung in letzter Zeit wieder im Aufwachen begriffen. Machno, der über stark vermehrte Truppen verfügt, hat Jellitawezgrad eingenommen. Bei der Einnahme der Stadt soll er das gesamte dortige kommunistische Exekutivkomitee aufgehängt haben. Sein weiterer Vormarsch vollzieht sich in der Richtung gegen die Krin.

## Der Heeresgutskandal in Frankreich.

Der Verkauf der Kriegsvorräte Frankreichs hat zu einer solchen Masse von Verschleuderungen und Durchstechereien geführt, daß es unmöglich erscheint, noch nachträglich alle Schuldigen oder auch nur einen Teil von ihnen zur Rechenschaft zu ziehen. Nach den Mitteilungen, die der frühere Unterminister des Vorratswesens, Brouffe, als Abgeordneter in der Kammer machte, ließ sich zudem erkennen, daß es überhaupt niemals möglich sein werde, die Einzelheiten der mit den Verkäufen verknüpften dunklen Machenschaften zu enthüllen. Herr Brouffe, der der letzte in der Reihe der Minister des Vorratswesens ist, schilderte seine unablässigen Bemühungen, Ordnung zu schaffen, und die geringen Erfolge, die er hierbei hatte. Herr Brouffe allein hat während seiner Verwaltungszeit 510 Strafverfolgungen veranlaßt. Es wurden 488 Personen verurteilt, 421 untere Beamte und 27 an der Spitze von Verwaltungszweigen stehende Funktionäre wurden entlassen! Einen ganz hoffnungslosen Kampf hat Herr Brouffe gleichzeitig mit den Händlern geführt. Er verkaufte ihnen das Heeresgut zu niedrigen Preisen, um der allgemeinen Teuerung zu steuern. Die Händler brachten die Waren dann mit Wuchererträgen an den Mann, was Herrn Brouffe veranlaßte, wieder höhere Preise von den Händlern zu fordern. Das hatte zur Folge, daß der Staat nichts mehr absehen konnte. Die Kammer verlangte förmlich die Namen der Wucherer zu wissen, und Herr Brouffe mußte antworten: „Sie sind zu zahlreich, um sie alle nennen zu können!“ Die Händlervereinigung erwiderte den Eingriff des Ministers mit einem Gegenanschlag. Ein rühriges Mitglied dieser Schaar, ein Herr Colambier, kaufte eine Barade und zahlte hierfür nobel 1850000 Franken. Aber in der Barade waren für zwei Millionen Franken Waren verborgen. Der Minister läßt einen betagten Heeresintendanten, der einer Baronin Champoreau und einem Marquis Fontanier große Warenmengen aus dem Heeresgut zuschiebt, aus seinem Amt entfernen. Die Untersuchungskommission aber spricht ihn frei und seine Vorgesetzten befördern ihn.

Die Beamten hatten die Gewohnheit angenommen, die ihnen als Zahlung für verkaufte Heeresgüter zugehenden Riesenbeträge nicht etwa sofort der Staatskasse zuzuwenden, sondern sie deponierten diese Summen zunächst einmal auf eigenem Namen bei einer Bank und strichen die Zinsen ein. Das Kriegsministerium ließ sich die schlimmsten Fabelhaftigkeiten zu schulden kommen. Im Lager von Neu-Ballon ließ man Automobile, Maschinentelle und Motore für 170 Millionen Franken in offener Luft liegen und reiflos verderben. Bei Verdun verrostete glattweg für mehr als 100 Millionen schmaltzfarbiges, von den Deutschen zurückgelassenes Eisenbahnmateriale. Man gibt sich nicht die Mühe, einen Wiesenpark von Automobilen, Motorradern usw. in Schuppen unterzubringen, und Wind und Wetter macht den wertvollen Besitz unbrauchbar, weshalb der ganze, nunmehr fast zu altem Eisen gewordene Klunder an einen Unternehmer veräußert wird. Drei Monate später erscheint ein Minister an Ort und Stelle. Alles ist wieder sauber repariert und durch den Privatunternehmer in Schuppen eingeordnet. Und jetzt kauft der Staat

das gesamte Material als — neu zurück! Und während im zerstörten Gebiet die obdachlos Gewordenen nach einer Unterkunft jammerten, wurden Tausende von Militärbaracken zwar auseinandergerissen, aber nicht abtransportiert, u. man ließ sie, da wo sie lagen, verfaulen! Zu all dem kommen noch die Verluste, die das Land erleidet, weil Frankreich für viele Hunderte von Millionen Dollar Einkäufe in Amerika machte, ohne daß ein Frankenwert der Waren festgesetzt wurde. Nun hat sich der Dollarpreis im Verhältnis zum Franken verdoppelt, und immer noch kommen Vorräte auf Grund der alten Kontrakte aus Amerika. Wenn man erfährt, daß trotz aller dieser wilden Verschleuderungen rund 8 Milliarden Franken aus dem Verkauf des Heeresgutes erzielt wurden (von welchem Betrag übrigens bisher nur 5¼ Milliarden eingegangen sind), so kann man sich eine Vorstellung von der Höhe der Summen machen, die Frankreich infolge der grandiosen Schlamperie einbüßt, und wie sich, wenigstens zu einem kleinen Teil, die fürchterliche Finanznot Frankreichs erklärt, mit der das Land die Notwendigkeit seiner Reparationsansprüche begründet.

## Die Ententegreuel im besetzten Rheinland.

Das besetzte Gebiet ist, so schreibt die „Frankf. Btg.“, mit Truppen der Entente überfüllt. Obwohl die Zivilbevölkerung an sich die friedlichste Gesinnung hegt, obwohl Deutschland fast vollständig entwaffnet ist, wird die hohe Truppenspannung aufrechterhalten. Die völlig wehrlosen Soldaten müssen sich nach irgendeiner Betätigung umsehen. Die auf deutsche Kosten gewährte gute Verpflegung und der reichliche Sold, der viele Türen öffnet, weist ihrer durch nichts anderes befriedigten Natur den Weg. Zu wechelseitigen Zuständen das führt, wozu großer Teil auch unreifer rheinischer Jugend hier vergriffen, wie die Zukunft deutschen Bluts hier vernichtet wird, zeigt neuerdings wieder ein Bericht der Bingeren Stabverordnetenversammlung, in der festgestellt wurde, daß die Verführung der Jugend durch böshäufige Straßenspieler hier in der letzten Zeit geradezu ungeheuerliche Fortschritte gemacht hat. Stadtb. Polizeisekretär Schäfer führte nach dem Bericht der „Rhein- und Nahezeitung“ aus:

In den letzten Wochen ist die Verführung der Jugend in der Stadt Bingen fast ins Unermessliche gegangen. Der Chefarzt der hiesigen Garnison zählte für die Zeit von Ende Dezember bis jetzt etwa 70 Fälle, in denen von hiesigen Frauenspersonen Syphilis übertragen worden ist. Drei bis vier Personen werden täglich nach Mainz ins Krankenhaus gebracht. Die Krankheit ist besonders unter der Jugend von unter 16 Jahren verbreitet. Gerade unter 14- bis 15jährigen Mädchen befinden sich so schwere Syphilis-Erkrankungen, daß eine Heilung ausgeschlossen erscheint.

Die Besatzungsbehörde sieht selbst ein, daß es so nicht weiter gehen darf. Anstatt aber nach den Gründen der nachgewiesenen ungeheuren Steigerung des Übels in der letzten Zeit zu forschen, wagt sie es, um das Maß voll zu machen, sich beschwerdebefähigend an die Stadtverwaltung zu wenden, die sie für alle Schäden verantwortlich machen will, die Angehörigen der Besatzungstruppen entziehen. Das einfachste menschliche Gefühl läßt sich gegen eine solche Behandlung der doch wirklich für Deutschland ungleich wichtigeren Frage auf. Die Militärbehörden sind verblüffelt, ihre Untergebenen zu zügeln. Wenn es ihnen nicht gelingt, die allgütig aus der Heimat Entfernten zurückzubringen, so sind daraus die Folgerungen zu ziehen und es muß die allen Teilen Schaben bringende übertriebene Stärke der Besatzung vermindert werden.

## „Ich kenne den Menschen nicht!“

Unter dieser Überschrift schreibt die „Berliner Volkszeitung“: Die deutschen nationalen Herrschaften haben ein großes Fell. Den Fall Wagner schweigen sie tot, obwohl dieser deutschnationale Landtagsabgeordnete reichsbedingende Schiebergeschäfte mit der Entente gemacht hat. Herrn Kersthoff deden sie, obwohl dieser deutschnationale Reichstagsabgeordnete amtliche Siegel von einem Geldstrahl entfernt hat, Schmiergelder bezahlt und im Verdacht der Steuerhinterziehung steht. Den Millionenschieber „Konful“ Simon, deutschnationaler Vertrauensmann und Erzberger-Materialsammler, verlegen sie. Wie Petrus im Hofe des hohen Rates erklärt ihre Presse: „Wir kennen den Menschen nicht!“ Aber die, die ihn kennen, schweigen bereit, wenn auch die Presse zugeben muß, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß Herr Simon an Helferricht geschrieben und Material angeboten hat. Die „Germania“ hilt den gedächtnisfähigen Reuener noch vor dem dritten Hochenscheit etwas auf die Strimpfe, indem sie zu den deutschnationalen Ausreden bemerkt:

„Was, man kann sich nicht mehr genau erinnern, ob Simon Material gefandt hat. Aber vielleicht läßt sich noch feststellen,

## Landestheater.

### „Die Zauberflöte“.

Erst in der gestrigen Aufführung der „Zauberflöte“ präsentierte sich nun die Reinsingener in vollkommener fertiger Kleide, nachdem die von Hrl. Schellenberg entworfenen Trachten vollendet waren. Die früheren Schablonen ist aufgegeben, man sieht nun Kostüme, die in Schnitt, Farbe und Ausschmückung dem Geschmack unserer Zeit entsprechen. Leichte, fließende Gewänder von natürlichem Wurf erfreuen das Auge. Für die einzelnen Gruppen sind bestimmte Grundfarben durchgeführt, wie dies z. B. schon bei der früheren Kostümierung der Fall war. Die Gewandung Sarastro's und seiner Priesterchaft ist bereits bekannt. Das Liebespaar trägt leichte Farben, die von Unschuld und Reinheit sprechen. Am prunkvollsten ist dem Charakter dieser Gruppe entsprechend, die sternflamme Königin der Nacht mit ihren drei Damen gekleidet. Sie haben hübsche Kopfbedeckungen erhalten. Des Kobolds Kostüm hat ebenfalls gewonnen: bei aller Farbenfreude ist doch das Orlele geschwunden. Papagena und Papagena haben ihr leichtes Federkleid behalten, aber auch hier ist das Papageienhafte vermieden. In liebliche, zarte Farben sind die drei Senten gefüllt. Der gepflegte Geschmack von Hrl. Schellenberg hat sich in diesen Arbeiten auf neue bestens bewährt und viel Schönes zutage gefördert. Mit den neuen, farbenfrohen Szenenbildern Herr Burghards verschmelzen die Gewänder zu harmonischer Einheit. Man schaut nun in eine entzückende Märchenwelt, in der sich Heiterkeit und Ernst, Mystisches und Übernatürliches mit Natürlichkeit und Freude, mit Humor und Heiterkeit — ganz wie in Mozarts Musik — zu einem hohen Wunder einen.

Die Aufführung verlief unter Herrn Cortolegis Leitung stimmungsvoll. Für die plötzlich erkrankte Frau v. Dajsta sprang Frau Berta Lampert-Croneg von der Mannheimer Nachbarbühne ein und verkörperte die Partie der Pamina mit gesanglicher und darstellerischer Gewandtheit. Das gut besuchte Haus erfreute sich an den farbenprächtigen Bildern und ausgezeichneten gesanglichen Leistungen unseres Opernensembles. Hugo Koller.

## Konzert - Wochen - Rückblick.

Das Pfalz-Orchester hat trotz des schwachen Zuspruchs, den seine Konzerte hier gefunden haben, Wort gehalten und hat am gestrigen Sonntag nachmittag in der Festhalle sein 4. Sinfoniekonzert absolviert — wiederum vor einer betrieblen kleinen Zuhörerschaft. Es ist für ein auswärtiges Orchester ungemein schwierig, besonders in unserer Zeit, die eine vollkommene Verschiebung des zahlungsfähigen Publikums mit sich gebracht hat, Boden zu finden. Umso mehr ist das gähe Ausharren des Pfalz-Orchesters anzuerkennen. Wir wollen hoffen und wünschen, daß ihm in der nächsten Saison die Früchte für all die Mühe und aufgewandten Fleiß zuteil werden. Jedenfalls wäre es bedauerlich, wenn wir auf diese Ergänzung unseres Musiklebens, besonders unserer einheimischen Sinfoniekonzerte, verzichten müßten. Denn das Pfalz-Orchester hat uns doch im Laufe seiner 4. Konzerte manches Wert und auch manche Solisten vermittelt, deren Bekanntheit uns sonst vorenthalten worden wäre.

Das gestrige Konzert war mit W. S. J. Wagner, Mahler und Strauss ganz auf neue Musik gestellt. Ein reizvolles Musikstück ist die Wagnersche Ouvertüre zum „Christuslein“, die sich sehr gut in den Rahmen eines Konzertprogramms einfügen läßt. Mit den bescheidensten Mitteln hat der Komponist intime Stimmungen zu wecken verstanden. Die Wiedergabe unter der Leitung von Generalmusikdirektor Professor Ernst Boehle brachte den lieblichen, romantischen Charakter der Ouvertüre zu schöner Wirkung. Sehr breit geraten ist die Erzählung des Dietrich aus „Der arme Heinrich“. Hier wandelt Wagner ganz auf Wagners Bahnen, ohne jedoch im Gesangstil die melodische Schönheit, oder in der Instrumentierung die leuchtende Tönung seines Vorbilds erreichen zu können. Der ausgezeichnete Mannheimer Bassist Hans Wahling, der hier kein Unbekannter ist, sang die Erzählung mit dramatischer Wucht. Aber auch seiner reifen Gesangskunst war es nicht möglich, die musikalische Einförmigkeit ganz wegzulassen zu machen.

Mahlers 4. Sinfonie, die im Mittelpunkt des Nachmittags stand, wird sich wohl wenig Freunde erworben haben. Auch hier ist er wieder der geistvolle Musiker, reich an Einfällen und Überraschungen, aber ohne eigentliche Kompositio-

rische Verarbeitung. Man sträubt sich fast, diesen verworrenen Verknüpfungen heterogener Themen den Namen Sinfonie zuzuerkennen. Jedenfalls an Beethovens oder Brahms darf man dabei nicht denken. Eine Unruhe erfüllt die Sätze, die auf die Dauer jeden Genuß verdrängen. Der erste Satz scheint mir am sorgfältigsten gearbeitet zu sein. Der 3., langsame Satz, läßt den Hörer im ersten Teil endlich zu einem ruhigen Genießen kommen, wirkt dann aber im zweiten Teil, in jähem Wechsel, alle Stimmung über den Haufen und verfallt in die übliche Ausgelassenheit, die fast kein Ende finden kann. Der letzte Satz wird von einem Sopran solo getragen; für das stimmlichen Mittel von Frau Luise Lobstein. Wir z. B. Heidelberger, kaum ausreichen. Es ist schade, daß Mahler nicht das Maß des Besitztums befaß, das unbedingt erforderlich ist, wenn, um des Gesamtkunstwerks willen, rücksichtslos einzelne Teile, selbst wenn sie dem Schöpfer wertvoll erschienen, geopfert werden müssen. Das Pfalz-Orchester setzte sich für das schwierige Werk mit anerkanntem Eifer ein. Den Beschluß bildete Strauss: „Zill Eulenspiegels lustige Streiche“, das ich nicht mehr hören konnte.

Zu einem unergänzlichen Erlebnis wurde das Violin-Konzert von Adolf Busch am vergangenen Samstag. Von der Meisterschaft seines Geigenspiels konnte man in den höchsten Superlativen schwärmen. Das will ich nicht tun, weil es zu diesem Künstler nicht paßt. Busch ist Schlichtheit und Innigkeit und daraus erwächst die einzigartige Größe seines Spiels. Busch spielt ein Instrument von wunderbarer Klangfülle. Die Tonbildung ist ideal. Der Ton entströmt mit der Zartheit und Süße einer Frauenstimme in der Höhenlage, und die warm stimmbierte G-Saite die weiche Fülle des Horns. Das Programm umfaßte Bach und Beethoven, deren musikalische Verwandtschaft in vollkommener Weise zutage trat. Die Wiedergabe der Sonaten war mit ihrer breiten, gesunden Heiligkeit, mit ihrer durchschonnten Schönheit deutsch, u r d e u t s c h. Mit Bach weckte er die Götter einer auf tiefer Frömmigkeit und natürlicher Fröhdlichkeit ruhenden Kultur die mit ihren besten Elementen noch bis zu Beethoven hinauf verzweigt ist und in seiner Chaconne herrliche Blüten getrieben hat. Das eine hat der Abend gezeigt: Adolf Busch steht mit seiner Kunst allein auf einsamer Höhe. Das Virtuosenium berüchtigt

wenn nicht mit Hilfe des Gedächtnisses, so doch sicher unter Benutzung der deutschnationalen Mitglieder- und Klassenbücher, ob der Schwindler Simon Mitglied der Deutschnationalen Partei gewesen ist. Darüber steht leider nichts in der „Post“, wie man denn überhaupt vergeblich nach einer Mitteilung darüber sucht, ob die von uns behaupteten Beziehungen zwischen Simon und angesehenen Mitgliedern der Partei, wie sie in der Überlassung von Autos sichtbar zum Ausdruck kommt, wahr sind oder nicht. Was ist geschehen, um die Schwindelseiten des Herrn Simon aufzudecken? Es ist sehr auffallend, daß über die Tätigkeit dieses Herrn so wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist. Sonntag den 9. Januar brachten einige Zeitungen eine kurze Notiz über die Spritverschöbung Cobens und seines Sozius Wehlis. Seitdem herrscht tiefes Schweigen im Blätterwald, obgleich es sich hier um Millionenverschöbungen handelt. Aus der politischen Ausbeutung solcher Verkommenisse machen gewisse Kreise sonst doch geradezu einen Sport. Warum dieses Schweigen? Selbst die antisemitische „Wahrheit“, die doch von solchen Dingen lebt, hüllt sich in Schweigen.

Man sieht, so schließt die „B. B.“, Cato Helfferich bleiben zahlreichen Fragen zur Beantwortung übrig. Wird er weiter schweigen?

## Badische Uebersicht.

### Badischer Landtag.

LPD. Der Schulausschuß des Landtags beschloß sich am Freitag mit dem von der Zentrumsfraction eingebrachten Antrag über die Einführung des Religionsunterrichts an den Gewerbe- und Handelsschulen. In der Aussprache über diesen Antrag wurde von dem Regierungsvertreter erklärt, daß nach dem Staatsministerium mit der Frage noch nicht beschäftigt und zu dem Antrag noch keine Stellung genommen habe. Der Vertreter der Sozialdemokratie erklärte, seine Fraction lehne den Antrag ab, wie sie seinerzeit schon gegen die Einführung des Religionsunterrichts der Fortbildungsschule gewesen sei. Von einem Mitglied der Demokratischen Fraction wurde eine provisorische Einführung des Religionsunterrichts in den fraglichen Anstalten angeregt, während ein anderer Vertreter der Demokraten gegen den Zentrumsantrag war. Von deutschnationaler Seite wurde dem Antrag Sympathie entgegengebracht. Eine Abstimmung fand nicht statt. Sie soll erst erfolgen, wenn sich das Staatsministerium zu dem Antrag geäußert und die Fractionen nochmals darüber gesprochen haben.

LPD. Der Landtagsausschuß für Rechtspflege und Verwaltung hat sich in der vergangenen Woche noch einmal mit dem Landwirtschaftsministergesetz beschäftigt, da mehrere neue Änderungsanträge eingegangen waren. Bei diesem handelte es sich um wesentlichen um Bestimmungen über eine Änderung des Wahlverfahrens zur Vertretung in der Kammer. Nach den Beschlüssen des Ausschusses soll die Landwirtschaftskammer künftig aus 50 Mitgliedern bestehen, wovon 36 die Vertretung der selbständigen Landwirte bilden. Die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sollen 8 Mitglieder wählen, und außerdem soll die Kammer nach ihrem Zusammenritt noch 12 Mitglieder aus der Reihe der Sachverständigen in der Landwirtschaft bestimmen.

### Kriegsbeschädigte Zivilpersonen.

P.A. Während die Versorgungsansprüche früherer Angehöriger der deutschen Wehrmacht und ihrer Hinterbliebenen durch das sogenannte Reichsversorgungsgesetz vom 12. Mai 1920 endgültig geregelt sind, ist dies bezüglich der Beschädigten, die Zivilpersonen durch den Krieg an Leib und Leben erlitten haben, noch nicht der Fall. Die baldige Regelung ist aber gerade für Baden, das während des Krieges wiederholt durch feindliche Fliegerangriffe in erheblichem Maße gelitten hat, von besonderer Bedeutung.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, steht die endgültige gesetzliche Regelung der Versorgungsansprüche dieser Personen, nachdem die Vorberatungen im wesentlichen beendet sind, unmittelbar bevor. Vorschläge auf die Entschädigungsforderungen werden den Geschädigten im Falle der Bedürftigkeit durch Vermittlung der Landesregierungen bereits seit langem zur Auszahlung gebracht. Anfanglich wurden die nach dem Rammhofsversorgungsgesetz bezug. Militärhinterbliebenengesetz zulässigen Beträge gezahlt. In diesen hat dann die Reichsregierung zunächst einen Teuerungszuschlag von 40 von Hundert bewilligt. Mit Wirkung vom 1. Mai 1920 ab sind diese Beträge einschließlich Teuerungszuschlag um weitere 40 von Hundert erhöht worden. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1920 hat die Reichsregierung die Länder zur vorläufigen Zahlung einer Unterzählung in Höhe des dreifachen der nach den Bestimmungen der vorerwähnten Gesetze in Betracht kommenden Beträge ermächtigt. Es ist zu hoffen, daß diese Unterzählung den geschädigten Personen bis zum Inkrafttreten des in Vorbereitung befindlichen Gesetzes, eine wenn auch nicht übermäßige, doch im allgemeinen ausreichende Hilfe bringt.

Geyer reicht nicht an ihn heran. Der ausverkaufte Saal überschüttete den Künstler mit stürmischem Beifall und erzwang sich mehrere Zugaben.

Wachenswertes können vermochte Fräulein Klara Schäffels in einem eigenen Arien- und Liedereabend auf dem Spezialgebiet des koloraturreichen nachzuweisen. Das Stimmbild ist noch verhältnismäßig gering. Dem Ton mangelt noch Kraft und Rundung. Die Atemführung ist bei aller Anerkennung des Erreichten nicht ideal. Die Durchbildung des schmiegsamen, zweifellos noch entwicklungsfähigen Organs, ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Die rein stimmliche Technik im Ziergesang, die Reifheit zur Bildung rasch aufeinanderfolgender Tonleitern, Käufer, Triller und Staffeln ist jedoch schon ganz überraschend vorgeschritten. In der Rosenarie der Susanne aus „Figaros Hochzeit“, in einer Arie aus „Jasba“, in der Glöckchenarie aus „Lolme“ und ganz besonders in der Zugabe von Balajeffs „Nachtigall“ gab die Sängerin erfreuliche Proben einer auf Trefflichkeit und Konfidenz gestellten Gesangskunst, so daß man ihre Weiterentwicklung auf diesem schwierigen Gebiet mit Interesse verfolgen darf. Den Liedern, sie sang Rubinstein, Jensen, Schubert, Hugo Wolf, blieb sie vieles, mancher alles schuldig. Dies trat vor allem der Mangel an Modulationsfähigkeit zutage. Die rhythmische Mechanisierung, in der ihr Vortrag hängen blieb, nahm den Liedern das Beste: Seele und Wahrheit des Gesanges. Die Begleitung am Flügel führte ihre Gesangsmeisterin Fräulein Elisabeth Gummann durch. Am Schluß gab es viel Blumen und Beifall. Hugo Koller.

Im Verein Volksbildung spricht am Freitag abend Herr Prof. Dr. Geh über die Chemie der pharmazeutischen Heilmittel. An dem Vortrag, der im Hörsaal für Chemie der Reichshochschule stattfindet, schließt sich die Mitgliederversammlung an. (E. Anzeiger.)

## Entscheidungen des bad. Verwaltungsgerichtshofes.

(Originalbearbeitung für die „Karlsruher Zeitung“.)

4. Bei Nachlassgrundstücken ist von mehreren Miterben jeder befugt, gegen die Veräußerung der Genehmigung zur Veräußerung Klage zu erheben.

Gegen die bezirksamtliche Verfügung, durch welche die Genehmigung zur Veräußerung von Nachlassgrundstücken versagt wurde, ist die Klage nur von einem der Erben, dem ein Anspruch auf  $\frac{1}{2}$  des Nachlasses zusteht, erhoben worden, während die übrigen Erben eine Klage nicht erhoben haben. Die Berechtigung des Klägers allein zur Klageerhebung ist anzuerkennen. Denn zur Erhebung der in § 9 des Grundstücksveräußerungsgesetzes (vgl. § 4 Abs. 1 Ziff. 1 B. V. G.) zugelassenen Klage ist jeder befugt, der durch eine solche Veräußerung des Bezirksamts in seinen Rechten verletzt sein kann. Wenn bei einer Mehrheit von Erben den einzelnen Erben auch kein Verfügungsrecht an den einzelnen Nachlassgegenständen zusteht, eine Verfügung über die Nachlassgegenstände vielmehr nur gemeinsam durch alle Erben erfolgen kann, so steht doch jedem der Miterben das Recht zu, zur Durchführung der von den Erben getroffenen Verfügung den Vollzug der Veräußerung der Nachlassgrundstücke zu verlangen. Den Anspruch hierauf kann jeder Miterbe allein in gleicher Weise, wie er zur Geltendmachung sonstiger zum Nachlass gehöriger Ansprüche befugt ist, geltend machen. Durch die Veräußerung der Genehmigung wird der Vollzug der Veräußerung der Nachlassgrundstücke unmöglich gemacht, und es wird daher durch die Veräußerung in den Rechtskreis jedes der Miterben eingegriffen. Hiernach ist jeder der Miterben berechtigt, gegen die Veräußerung der bezirksamtlichen Genehmigung Klage zu erheben, auch wenn die übrigen Miterben eine solche nicht erhoben haben. (Urteil vom 9. November 1920 Nr. 4436.)

## Eine Frage der „Süddeutsche Zeitung“.

In der „Mannheimer Volksstimme“ lesen wir folgendes: „In die „Süddeutsche Zeitung“ in Stuttgart, das bekannte konservative Presseorgan für Verleumdung aller auf dem Boden der Republik stehenden Parteien und Politiker, richtet der Vorsitzende der Konstanzer Zentrumspartei die folgende öffentliche Anfrage:

„In der „Südd. Ztg.“ vom 21. Februar 1921 wird von einem Mitarbeiter „Stolzling“ behauptet, verschiedene Zentrumsparteiler Baden und Württembergs treten nur deshalb für Abgeordneten Erzbürger ein, weil sie von Erzbürger Geld erhalten hätten. Er fügt bei: „Wessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe.“ Auch „in Konstanz hat Erzbürger eine Zeitung erworben“. Da es sich hier nur um das Zentrumsgeld, die „Konstanzer Nachrichten“ handeln kann, dem ungewidmet „Gefinnungslumperei“ und Bestechlichkeit zum Vorwurf gemacht ist, so fordere ich die „Süddeutsche Zeitung“ zur näheren Begründung und zum Beweis für ihre Behauptung auf. Im Weigerungsfalle werden wir von der „Süddeutschen“ sagen, was anständige Leute von ihrer Kampfesweise halten.“

Menschen vom Schlage der Macher der „Südd. Ztg.“ können sich mit dem besten Willen nicht vorstellen, daß jemand eine politische Überzeugung verfechten kann, ohne dabei materielle Vorteile zu genießen.“

## Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Mosbach, 6. März. Die Weisenbacher Mühle ist amtlich bereits geschlossen worden, nachdem dort über 100 Zentner zurückgehaltene Getreide beschlagnahmt worden war.

LPD. Freiburg, 6. März. Die Strafammer beschäftigt sich augenblicklich mit einem großen Schrotladestiebertroß, in den 18 Angeklagte verwickelt sind. Das Anlagematerial ist so umfangreich, daß fast 2 Jahre zu seiner völligen Sichtung nötig waren. Hauptangeklagte sind der Badeanstaltsbesitzer Albert Weber aus Basel und der frühere Geschäftsleiter des Kommunalverbandes Lörrach-Stadt, Revisor Oskar Schenauer aus Karlsruhe.

## Kurze Nachrichten aus Baden.

LPD. Zusammenkunft der staatlich geprüften Desinfektoren. Am letzten Sonntag fand in Karlsruhe eine Zusammenkunft der staatlich geprüften Desinfektoren Badens statt, um zur Hebung ihrer sozialen Interessen sich zu einem Verein zusammenzuschließen. Zu diesem Zweck waren Vertreter von fast allen Gauen Badens erschienen, die alle den Wunsch und den Willen äußerten, die ins Leben zu rufende Fachorganisation mit allen Kräften zu unterstützen, damit in aller Eile etwas Erfreuliches für den schweren und verantwortungsvollen Beruf geleistet werde. Nachdem die Gründung der Organisation beschlossen war und eine erste Aussprache der Vertreter stattgefunden hatte, wurde Oberdesinfektor Georg Bauer-Feidelberg, an den auch alle Anmeldungen zu richten sind, zum ersten Vorsitzenden gewählt. Reiches Beifall gollten die Anwesenden dem lehrreichen und interessanten Vortrag des Prof. Dr. von Gierke, welcher sich in bereitwilliger Weise zur geistigen Fortbildung dem Verein für den Gründungsstag zur Verfügung stellte. Dem Vereine haben sich schon ungefähr 120 Mitglieder angeschlossen. Die Vereinsleitung fordert einen jeden noch fernstehenden Kollegen auf, dem Vereine beizutreten und die mit vieler Mühe ins Leben gerufene Organisation zu unterstützen.

LPD. Forstheim, 6. März. Auch hier sind vereinzelt Krankheitsfälle vorgekommen, die man als „Schlafkrankheit“ bezeichnet. Von einem epidemieartigen Auftreten kann aber nicht die Rede sein.

LPD. Rehl, 6. März. Im Reher Hofen sind nach dem deutsch-französischen Abkommen in nächster Zeit folgende Arbeiten auszuführen: Erweiterung der Gleisanlagen und Herstellung weiterer Uferbauten, Bau einer Rothalle für eine an die französische Verwaltung überlassene Werft, sowie verschiedene kleinere technische Änderungen. Die Gesamtkosten betragen 12 100 000 M., wovon die erste Teilforderung mit 10 Millionen im Reichshaushalt für 1920 erscheint.

Freiburg, 6. März. Die Klavierlehrerin Fräulein Stork aus Karlsruhe, die am 11. Dez. 1920 auf dem Wahnsteig des Heiligen Hauptbahnhofes einen Revolveranschlag erlitten und ihr erheblich verletztes, sodann sich selbst durch einen Revolveranschlag in den Kopf verleiht hat und die seither in verschiedenen Kliniken untergebracht war, ist lt. „Fr. Post“ am 25. Febr. d. J. in der psychiatrischen Klinik in Freiburg gestorben.

Baden, 6. März. Der Bürgerausschuß bewilligte 1 350 000 Mark für die Erbauung eines neuen Volkshochschulgebäudes auf dem freien Platz neben dem alten Volkshochschulgebäude. Ferner wurden 72 000 M. für die Errichtung der beiden Autolinien Wuden-Wuden-Überbach und Wuden-Altenheim-Oberwittstadt bewilligt.

## Badische Zeitungsstimmen.

(Für den Inhalt der hier veröffentlichten Zeitungsstimmen übernimmt die Redaktion keine politische Verantwortung. Die Zeitungsstimmen dienen dem Zweck der Orientierung; sie sollen ein objektives Bild geben von den Stimmungen und Meinungen, die in den Blättern des Landes zum Ausdruck gelangen.)

### Die Orgeß in Baden.

Unter dieser Überschrift schreibt der „Volksfreund“ u. a. 7: „Die „unabhängige“ „Tribüne“ in Mannheim ist ein gar wunderbares Organ. Unabhängige sozialistische Politik will es machen, vermag sich aber beim besten Willen von seiner „Sozialdemokraten-Fresserei“ nicht frei zu machen. In der Nr. 50 vom 1. d. M. berichtet sie über eine in der Wirtschaft zum „Burgthof“ in Karlsruhe stattgefundene Sitzung des „Kommandos der deutschen Liga“, in welcher der bekannte Direktor der Nähmaschinenfabrik Saib u. Neu, Hauptmann a. D. Wagener, wiederum den Vorsitz führte. Was in der Versammlung getan worden ist, teilt die „Tribüne“ nicht mit; sie meint aber, der badische Innenminister ruhe auf seinen Lorbeeren aus. „Natürlich“, so meint das unabhängige Organ, „wird die Regierung auch trotz dieser Tatsachen, die durch einwandfreie Zeugen belegt werden können, den Orgeßorganisationen hilflos gegenüberstehen“. In diesem Zusammenhang polemisiert das Blatt gegen den Innenminister, welcher nur gegen Proleten vorgehen den Mut habe. Wenn nun dem Blatt die „Tatsachen, die durch einwandfreie Zeugen belegt werden können“, so gut bekannt sind, warum teilt es dieselben nicht dem Innenminister mit und stellt ihn vor die Alternative, ob er nicht auch gegen Fabrikdirektoren gleichermäßen vorgeht wie etwa gegen kommunistische Unternehmungen? Und warum, so darf man weiter fragen, gibt das Blatt seine Wissenschaft nicht vor aller Welt kund? Denn nur dadurch, daß die schwarzen Klänge deutschnationaler Revolverhelden aus Sicht des Lesers gezogen werden, ist es möglich, Aufschwerfungen von vornherein zu verhindern. Würde die „Tribüne“ sich ihrer politischen Bedeutung als sozialistisches Arbeiterorgan bewußt sein, dann müßte sie längst im Kampf gegen die Reaktion eine andere Haltung einnehmen. Dadurch aber, daß sie jeden Vorgang zu einem Angriff auf die auf dem Boden republikanischer Staatsverfassung stehende Regierung verknüpft, beweist sie nur, wie angenehm es ihr wäre, neben den Orgeßhelden — allerdings mit einem anderen Ziel — auch „mit Schießgewehr und Sabul zu spielen“.

Das rasche Eingreifen der Regierung in Bodman dürfte übrigens dem genannten Blatte zeigen, wie entschlossen und gleichmäßig gegen jedermann vorgegangen wird, der sich in Waffenbesitz zu bringen versucht. Übrigens werden die Leute um Wagener, wenn sie jemals den Versuch machen sollten, sich „zu erheben“, ebenso wie der Graf von Bodman ihr blaues Wunder erleben. Die Herrschaften mögen wissen, daß als Kampfgesossen die auf dem Boden der Republik stehenden Arbeitermassen der Polizeimacht des Staates zur Seite stehen, ein Faktor, mit dem jeder rechnen muß, der hinterherankende Pläne praktisch auszuwerten versucht.“

## Staatsanzeiger.

Das Justizministerium hat unterm 15. Februar d. J. den Oberjustizsekretär Friedrich Spieß beim Amtsgericht Karlsruhe zum Justizminister und den Oberjustizsekretär Mathias Dürr beim Justizministerium zum Landgericht Konstanz bestellt.

Rechtsanwalt Franz Sader hat auf die Zulassung beim Landgericht Freiburg verzichtet und ist in der Liste der Rechtsanwälte gelöscht worden.

Rechtsanwalt Ludwig Seelig hat auf die Zulassung beim Landgericht Mannheim verzichtet und ist in der Liste der Rechtsanwälte gelöscht worden.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 25. Februar d. J. den Oberverwaltungssekretär Kurt Rehler bei der Verwaltung des akademischen Krankenhauses in Heidelberg zum Kassier ernannt.

Der seitherige Dekan Pfarrer Hermann Bisher in Mosbach ist auf weitere 6 Jahre zum Dekan des Kirchenbezirks Mosbach gewählt und vom Evang. Oberkirchenrat bestätigt worden.

Gesuch der Vereinigung „Vaterlandsbank an die akademische Jugend“ in Berlin, um Erteilung der Genehmigung zu einer Sammlung zugunsten bedürftiger Studierender betr.

Der Vereinigung „Vaterlandsbank an die akademische Jugend“ in Berlin wurde bis 31. Dezember d. J. vorbehaltlich jederzeitigen Widerrufs die Genehmigung zur Bormahme einer Sammlung von Geldspenden zugunsten bedürftiger deutscher Studierender erteilt unter der Bedingung, daß die Aufforderung zu Spenden lediglich durch Anzeigen und Aufzettel, sowie durch Aufsätze in den Zeitungen, und durch Werbeschriften erfolgt und daß öffentliche Haus- und Straßensammlungen unterbleiben.

Karlsruhe, den 28. Februar 1921.

Ministerium des Innern.

R e m m e l e.

Braun.

### Bekanntmachung.

Die Prüfung der Bewerber für den Revisionsdienst der inneren Verwaltung wird am Dienstag, den 29. März 1921, vormittags 8 Uhr beginnen.

Dies wird unter Hinweis auf § 3 unserer Verordnung vom 29. März 1892 (Ges. u. Verordnungsbl. S. 108) bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 4. März 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

A r n o l d.

liegels.

### Die Kirchapotheke in Bruchsal betr.

Die persönliche Berechtigung zum Betriebe der Kirchapotheke in Bruchsal wird zur Bewerbung ausgeschrieben. Bewerbungen sind unter Anschlag der erforderlichen Zeugnisse binnen 4 Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 5. März 1921.

Ministerium des Innern.

Der Ministerialdirektor:

J. A. R e i n.

Braun.

### Staatliche Kraftwagenlinien.

Ab sofort werden auf der Strecke Rot-Malsch—Rot—St. Leon täglich die weiteren Kraftwagenfahrten 29a und 22a wie folgt ausgeführt:

|            |                  |                |
|------------|------------------|----------------|
| Fahrt 29a: | Rot-Malsch       | ab 4,50 nachm. |
|            | Rot Post         | „ 5,01 „       |
|            | Rot Adler        | „ 5,05 „       |
|            | St. Leon Lamm an | „ 5,11 „       |
| Fahrt 22a: | St. Leon Lamm ab | 5,16 „         |
|            | Rot Adler        | „ 5,23 „       |
|            | Rot Post         | „ 5,30 „       |
|            | Rot-Malsch       | an 5,39 „      |

Nach längerer Krankheit, aber doch unerwartet rasch, verschied am 4. März 1921 der

Vorsitzende des Genossenschaftsvorstandes  
**Herr Baumeister**  
**Jakob Waltz**  
in Karlsruhe.

Seit 1. Oktober 1897 Vorsitzender der Sektion IV (Straßburg) und seit 1. Oktober 1911 Vorsitzender des Genossenschaftsvorstandes, hat er in unermüdlicher, aufopferungsvoller Arbeit seine reiche Erfahrung und seine seltenen organisatorischen Fähigkeiten in den Dienst unserer sozialen Aufgabe gestellt und sich um die Entwicklung der Genossenschaft unvergängliche Verdienste erworben. Wir betrauern in ihm einen Mann von vornehmer, großzügiger Gesinnung und einen lieben Kollegen, dem wir allezeit ein treues Gedenken bewahren werden.

Karlsruhe, den 5. März 1921.

Der Vorstand der Südwestlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft.

**Badisches Landestheater.**  
Montag, den 7. März, 7 bis nach 9 Uhr. Mk. 6.—

**VI. Sinfoniekonzert**  
des Landestheaterorchesters. Dirigent: Fritz Cortolezis.

Dienstag, den 8. März 1921:  
**Landestheater. Konzerthaus.**  
**François Villon. Volksbühne M 2**  
Die Stützen der Gesellschaft  
7 bis gegen 10 Uhr. Mk. 17.—

**Donnerstag**  
10. März, 7.30 Uhr, Festhalle  
**Zweiter öffentl. Vortrag**  
(mit lebenden Demonstrationen) von  
**Dr. Carl Höcker**  
**Geisterglaube und Forschung**  
Kritik und Erklärung okkultur und spiritistischer Phänomene  
Freie Aussprache! Fragenbeantwortung!  
Karten zu 7.80, 5.30 u. 3.30 (einschl. Steuer und Einlaßgebühr in die Festhalle) bei  
**Kurt Neufeldt, Waldstr. 39**

**Der Samariter**  
Leitfaden  
für die  
**Erste Hilfe bei Unglücksfällen**  
von  
**Medizinalrat Dr. Blume**  
Zwei Hefte, Text und Abbildungen  
(41.—50. Tausend)

**Preis für beide Hefte zusammen 6 A**

Bei gleichzeitiger Abnahme einer größeren Anzahl zu Ausbildungs Zwecken wird ein steigender Rabatt gewährt.

Diese neue Auflage berücksichtigt die Erfahrungen des Krieges, insbesondere auch die künstliche Atmung, die durch die erhöhten Anforderungen des Gaskrieges ganz wesentlich an praktischer Bedeutung gewonnen hat, und zu einem Hilfsmittel geworden ist, das den Sanitätären völlig vertraut sein muß.

Wiener medizinische Wochenschrift: ... zeichnet sich dadurch aus, daß der ganze Stoff in sehr zweckmäßiger Weise so eingeteilt ist, daß er leicht in fünf Doppelstunden vorgelesen werden kann, wobei jedesmal die zweite Stunde praktischen Übungen gewidmet wird... die außerordentlich sachgemäße und gemeinverständliche Darstellung empfehlen die Anschaffung des Büchleins für Samaritervereine, für den Eisenbahndienst, für Feuerwehren, Sportvereine und Fabriken.

**Hausarzt-Zeitschrift.** Was dieses Werkchen vor anderen ähnlichen auszeichnet ist die überaus praktische Anlage und seine bequeme Übersichtlichkeit.

**G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag,**  
Karlsruhe i. B., Karlsriedstraße 14.

**Verein Volksbildung (E.-V.) Karlsruhe.**

**Freitag, den 11. März 1921,** abends 8 Uhr, findet im Hörsaal für Chemie der Techn. Hochschule ein Vortrag des Herrn Prof. Dr. Heß statt über „**Die Chemie der pharmazeutischen Heilmittel**“.

Eintrittskarten für Mitglieder 50 Pfg., für Nichtmitglieder Mk. 1.—, sind in der Geschäftsstelle des Vereins zu haben. J.989

Anschließend an den Vortrag findet die **Mitgliederversammlung** statt.

**Sonntag, den 13. März 1921,** nachmittags 2 Uhr, findet im Landestheater eine Vorstellung statt, und zwar: „**Der Freispruch**“.

Die Eintrittskarten hierzu werden verkauft: Für die **persönlichen Mitglieder** in der Geschäftsstelle des Vereins, Akademiestr. 67, von **Mittwoch, den 9. März** an, täglich von 2—6 Uhr. Für die **Mitglieder des Gewerkschaftskartells** in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, und in der Restauration zur Goldenen Krone, Amalienstraße 16. Für die **Eisenbahnhauptwerkstätte** in der Restauration zum Auerhahn. Für den **Verband freier Hilfskassen** in der Restauration zur Wolfshucht, jeweils **Dienstag, den 8. März,** abends 7 Uhr. Preise der Plätze Mk. 1.— bis Mk. 6.—.

**Der Vorstand.**

**Der vielfältigste Apparat**  
**„Progress“**



**Kosmos Werke Karlsruhe**

Der „Progress“ liefert ca. 150 scharfe Abzüge von Hand- u. Maschinenschrift, ein- und mehrfarbig, die sich nicht rollen und niemals auslaufen. — Zweijährige Garantie für gute Funktion. Progress ist seit vielen Jahren bei hohen und höchsten Behörden des In- und Auslandes im Gebrauch u. von diesen bestens empfohlen. Wo nicht zu haben, wenden man sich an die Kosmos Werke Karlsruhe. J.797

**Bürgerl. Rechtspflege**  
a. Streitige Gerichtsbarkeit.

**W. 192.** Durlach. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Schreinermeisters Philipp Bögle in Gröningen ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis und zur Beschlußfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke Schlusstermin bestimmt auf Mittwoch, den 30. März 1921, vormittags 11 Uhr, vor das Amtsgericht Durlach, 2. Stock, Zimmer 28.

Durlach, 2. März 1921.  
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

**Nußholz-Verkauf**  
des Forstamts Oberweiler aus Domänenwaldungen bei Sirnich durch Handabgabe. La-Stämme: 37,05 Fhm. I. M., 57,89 Fhm. II. M., 141,48 Fhm. III. M., 100,79 Fhm. IV. M., 62,59 Fhm. V. M., 2,30 Fhm. VI. M., Abschmitte: 96,91 Fhm. I. M., 143,82 Fhm. II. M., 19,36 Fhm. III. M. Angebote an das Forstamt bis spätestens Freitag, den 18. b. Mts. Vorzeiger des Forstes Forstwart Holzermann in Sirnich, Post Wadenweiler. W.195

**Bericht. Bekanntmachungen**  
**Feuerwehr-**  
**Ausrüstungen.**

Wir benötigen für unsere freiwillige Feuerwehr: **Zimmermannsäcke, Steigerleinen, Schlauchhalter, Sappen und Pfeifen, Mannschaftsgurten u. Gürtel, Elektrischer Helm, Universalzangen und Gabelscheren, Gummihandschuhe, Schlauchbinden.** Angebote sind bis spätestens **20. März d. J.** einzureichen.

**Angebotsformulare** können bei uns eingefordert werden.

Eppingen, 1. März 1921.  
**Bürgermeisteramt:**  
Birth, Wiener.

**Fortsetzung des Zentral-Handels-Registers.**

**Billingen.** W.209  
Zu O.-B. 319 des Handelsregisters der Abt. A Firma Schwarzwälder Apparatebauanstalt August Scherer in Billingen wurde heute eingetragen: Die Procura des Heinrich Wolny ist erloschen.  
Billingen, 28. Febr. 1921.  
Abt. Amtsgericht 1.

**Billingen.** W.210  
Unter O.-B. 366 des Handelsregisters der Abt. A wurde heute eingetragen: Firma Kunstgewerbliche Werkstätte Ledner und Grimm in Billingen. Inhaber der Firma sind: Alois Ledner, Kaufmann in Billingen und Silvester Grimm, Kaufmann in Billingen. Die Gesellschaft ist eine offene Handelsgesellschaft und hat am 1. März 1921 begonnen.  
Billingen, 2. März 1921.  
Abt. Amtsgericht.

**Waldshut.** W.179  
Handelsregistereintrag A O.-B. 291 zur Firma „Oberbadische Automobilzentrale Waldshut Stöcker & Wilmann“ in Waldshut. Dem techn. Kaufmann Emil Laier in Waldshut ist Procura erteilt.  
Waldshut, 23. Febr. 1921.  
Amtsgericht.

**Wertheim.** W.165  
In das Handelsregister Abt. A O.-B. 175 wurde eingetragen: Firma Franz Albert in Wertheim. Inhaber: Franz Albert, Mechaniker in Wertheim. Dem Kaufmann Richard Höpfel in Kreuzwertheim ist Procura erteilt.  
Wertheim, 22. Febr. 1921.  
Amtsgericht.

**Wertheim.** W.166  
In das Handelsregister O.-B. 167 Firma Albert und Westengel in Wertheim wurde eingetragen: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen.  
Wertheim, 22. Febr. 1921.  
Amtsgericht.

**Wertheim.** W.180  
In das Handelsregister A O.-B. 176 wurde eingetragen: Firma Buchmeyer & Blumenhald in Wertheim. Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft hat am 15. Januar 1921 begonnen. Persönlich haftende Gesellschafter sind: Ernst August Buchmeyer, technischer Betriebsleiter, Karl Blumenhald, Techniker und Kaufmann. Beide in Wertheim. Zur Vertretung der Gesellschaft sind die Gesellschafter nur gemeinsam berechtigt.  
Wertheim, 28. Febr. 1921.  
Amtsgericht.

**Genossenschafts-Register.**  
**Freiburg.** W.216  
In das Genossenschaftsregister Band II O.-B. 24 wurde eingetragen: Schaffer Siedlung Freiburg, Gemeinnütziger Bau- und Sparverein, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, mit Sitz in Freiburg i. Br.

Gegenstand des Unternehmens:  
1) Durch Errichtung ländlicher Siedlungen möglich durch Erbpachtverträge und im Wege der Rentengutsbindung — minderbemittelten Familien oder Personen gesunde u. zweckmäßig eingerichtete, zum Betrieb von Obst- und Gartenbau, sowie zur Geflügel- und zur Kleintierzucht geeignete Heimstätten zu billigen Preisen zu beschaffen.  
2) Der Bau von Eigenheimen, deren Nutzung den Mitgliedern durch günstige Kauf- und Pachtverträge ermöglicht werden soll.  
3) Die Anammlung von Spargebern auf Grund einer besonderen Sparordnung, um der Genossenschaft die Erfüllung ihrer Aufgabe zu erleichtern.  
Daneben können gemeinnützige Einrichtungen geschaffen werden, die allen Mitgliedern zugute kommen.

Die Statuten betragen 100 Mark für jeden Geschäftsanteil. Eine Beteiligung mit mehr als 200 Geschäftsanteilen ist nicht gestattet.

Vorstandsmitglieder sind: Inspektor Max Rietau, Freiburg, Geschäftsführer: Kaufmann Josef Bret, Freiburg, Rechnungsprüfer.

Statut (Erzählung) datiert vom 18. Jan. 1921.

Zur Veröffentlichung ihrer Bekanntmachungen bedient sich die Genossenschaft der Zeitschrift „Die Lebensschule“ in Bergedorf.

Die Abgabe von Willenserklärungen erfolgt durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinschaftlich, ebenso die Zeichnung für die Genossenschaft.

Die Einricht der Genossenschaft ist während der Dienststunden des Amtsgerichts jedem gestattet.  
Freiburg, 15. Febr. 1921  
Amtsgericht 1.

**Freiburg.** W.217  
In das Genossenschaftsregister Band II O.-B. 23 wurde eingetragen: Heimstätten- und Gartenbau-Genossenschaft der Kriegshinterbliebenen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung im Breisgau.

Gegenstand des Unternehmens ist Beschaffung von Heimstätten für Kriegshinterbliebene, um diesen zu helfen, den durch den Krieg erlittenen gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden auszugleichen. Der Genossenschaftler erhält nach Maßgabe seiner gesundheitlichen, wirtschaftlichen und familiären Verhältnisse ein Haus mit Garten, zunächst gegen eine von der Stadt Freiburg auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen festzusetzende Miete. Magbarer Anspruch auf Zuteilung eines Hauses oder eines Gartens besteht nicht. Ein Eigentumsübergang ist nach Maßgabe der entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen von der Genossenschaft später zu regeln.

Die Statuten betragen 300 Mark. Höchstens 50 Geschäftsanteile sind zulässig.

Als Vorstandsmitglieder sind bestellt: Philipp Probenberger, cand. r. r. pol., Freiburg, Geschäftsführer, Johann Kubinshof, Student, Freiburg, Rechnungsführer.

Statut vom 13. September 1920.

Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen in der Zeitung des Reichsbundes der Kriegshinterbliebenen u. in der Freiburger Zeitung.

Die Genossenschaft verpflichtet die Zeichnung geschieht in der Weise, daß die beiden Vorstandsmitglieder zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift beifügen.

Die Einricht der Genossenschaft ist während der Dienststunden des Amtsgerichts jedem gestattet.  
Freiburg, 4. Febr. 1921  
Amtsgericht 1.

**Freiburg.** W.218  
In das Genossenschaftsregister Band II O.-B. 15 wurde eingetragen: Gärtnersiedlungsgenossenschaft „Neuland“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Freiburg i. Br.

Gegenstand des Unternehmens ist: Erwerbung und Urbarmachung von Land für den Betrieb der Gärtnerei, gemeinsamer Absatz der gewonnenen Produkte, Lösung der Wohnungsfrage für die Mitglieder.

Die Statuten betragen 500 Mark. Höchstens 50 Geschäftsanteile sind zulässig.

Vorstandsmitglieder sind: Ernst Nieß, Gärtner in Freiburg, Bittenweiler, Julius Kaufmehl, Gärtner, Freiburg.

Statut vom 5. Januar 1921.

Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen im Freiburger Tagblatt.

Berträge und andere Schriftstücke, durch welche die Genossenschaft irgendwelche Verpflichtung eingetragenen Vorstandsmitgliedern unterzeichnet sein, im übrigen vertritt der Vorstand die Genossenschaft.

Die Einricht der Genossenschaft ist während der Dienststunden des Amtsgerichts jedem gestattet.  
Freiburg, 16. Febr. 1921  
Amtsgericht 1.

**Schorfheim.** W.124  
In das Genossenschaftsregister wurde zu O.-B. 33 „Konsumverein Schorfheim-Fahrnan und Umgebung e. G. m. b. H. in Fahrnan“ eingetragen:

Anstelle des ausgeschiedenen Arthur Schan, lin wurde Walter Lindner, Kaufmann in Fahrnan in den Vorstand gewählt.

Schorfheim, 22. Febr. 1921.  
Badisches Amtsgericht.

**Wolfsch.** W.194  
In das Genossenschaftsregister Band I O.-B. 10 wurde eingetragen: Bäder-Einkaufsgenossenschaft, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung für den Amtsbezirk zu Wolfsch. Gegenstand des Unternehmens ist: Beschaffung der zum Betriebe des Bädergewerbes erforderlichen Bedarfsartikel im Großen u. Verkauf derselben im Kleinen an die Mitglieder; überhaupt Schaffung von Einrichtungen, welche die Förderung des Erwerbes und der Wirtschaft der Mitglieder begünstigen.

Statuten 1000 Mark. Höchstes Maß der Geschäftsanteile (i. B. v. je 50) 10. Vorstand ist: Hermann Peter, Bädermeister in Wolfsch, Vorsitzender; Wolf Wöbele, Bädermeister in Wolfsch, Geschäftsführer; Josef Neumann, Bädermeister in Galsch, Kassaprüfer.

a) Statut vom 19. März 1920, b) die Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen in „Das badische Handwerk“ (Badische Gewerks- u. Handwerkerzeitung) in Karlsruhe unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von 2 Vorstandsmitgliedern; sie können außerdem, nach Ermessen des Vorstandes und Aufsichtsrats, in der Allgem. deutschen Bäder- u. Konditorzeitung in Stuttgart veröffentlicht werden. c) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. e) Zur rechtsverbindlichen Zeichnung für die Genossenschaft müssen mindestens zwei Mitglieder des Vorstandes unterschreiben. f) Die Genossenschaft wird durch den Vorstand vertreten. Die Einricht der Räte der Genossenschaft ist während der Dienststunden des Amtsgerichts jedem gestattet.  
Wolfsch, 28. Febr. 1921.  
Amtsgericht.

**Bereins-Register.**  
**Seidelberg.** W.170  
Bereinsregistereintrag W. III O.-B. 34 Verein Ortsgruppe Seidelberg des deutschen Rentnerbundes in Seidelberg.  
Seidelberg, 26. Febr. 1921.  
Amtsgericht 5.

**Mannheim.** W.169  
Zum Vereinsregister Bd. VII O.-B. 56 wurde eingetragen: „Mit Herren Verband der Gärtnerei, gemeinnütziger Platanen- u. Gärtnereiverband“ im hiesigen Mannheimer Convent an der hiesigen Hochschule Mannheim.  
Mannheim, 21. Febr. 1921  
Abt. Amtsgericht B. G. 4